

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 31. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. März 2007, 14:00 Uhr,
im Konferenzsaal 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

5. Landanschluss für Schiffe - externe Stromversorgung in Häfen **16**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1086

(überwiesen am 30. November 2006 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Europa-
ausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

6. Verschiedenes **17**

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

a) Die parlamentarische Dimension der Ostseekooperation - aktueller Sachstand, Perspektiven

Berichterstatter: Franz Thönnies, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der BSPC

b) Stand der Vorbereitung der 16. BSPC in Berlin

Berichterstatter: Franz Thönnies, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der BSPC

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der BSPC, Herr Franz Thönnies, trägt die in Anlage 1 zu diesem Protokoll angefügte Power-Point-Präsentation vor. Er hebt dabei besonders hervor, dass es wichtig sei, die Umsetzung der Resolutionen in den einzelnen nationalen und regionalen Parlamenten zu überprüfen.

Die Vorsitzende betont, es sei ein gutes Zeichen, dass an der Ostseeparlamentarierkonferenz drei Bundesminister teilnahmen. Dies sei ein Beleg für die Bedeutung der Konferenz.

c) Der Beitrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Ostseekooperation

Berichterstatter: Martin Kayenburg, Landtagspräsident

LP Kayenburg führt aus, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag lange Zeit die Interessen des Bundes und der norddeutschen Länder in der Ostseeparlamentarierkonferenz vertreten habe. Vor zwei Jahren habe der Deutsche Bundestag federführend die Vertretung in der Ostseeparlamentarierkonferenz übernommen. Den zweiten Sitz im ständigen Komitee habe der Schleswig-Holsteinische Landtag übernommen. Er vertrete damit die Bürgerschaften und Landtage der norddeutschen Bundesländer.

LP Kayenburg führt weiter aus, die Tatsache, dass die kommende BSPC in Berlin stattfinden werde, sei vor allem auf das Engagement von Herrn Thönnies zurückzuführen, der auch ein interessantes Programm für die Konferenz zusammengestellt habe. Auf Drängen Polens sei auch das Thema Energiesicherheit auf die Tagesordnung gesetzt worden, dabei solle es vermutlich vorrangig um die geplante Ostseepipeline gehen. Der politische Stellenwert der Ostseeparlamentarierkonferenz werde auch dadurch unterstrichen, dass Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier bei der Konferenz zum Thema Energiepolitik sprechen werde.

LP Kayenburg betont, für die Zukunft der Ostseeregion sei der Dialog mit der russischen Föderation sehr wichtig, in diesem Punkt seien sich die Teilnehmer der Konferenz einig. Im März sei zudem das Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation ausgelaufen, ein neuer Vertrag sei bisher nicht in Sicht. Die geplante Erdgaspipeline durch die Ostsee löse unter anderem deshalb Besorgnis bei den polnischen Kolleginnen und Kollegen aus, weil die bisherige Durchleitung von Erdgas durch Polen für das Land Einnahmen bedeute. Ein Ende russischer Gaslieferungen sei schwer zu kompensieren, da die Europäische Union rund 40 % ihres Gasbedarfs aus russischen Lieferungen decke. Vor diesem Hintergrund hätten die Energieexperten die Energiecharta, die in das Partnerschaftsabkommen einfließen solle, als schwierigen Punkt bezeichnet. Diese Charta sehe die Regeln für den Schutz von Investitionen im Energiesektor vor. Russland habe die Energiecharta zwar unterzeichnet, bis jetzt aber nicht ratifiziert. Präsident Putin habe Garantien zur Energiesicherheit abgelehnt und wolle sich nicht darauf festlegen, europäische Investitionen in Russland zu schützen.

Die genannten Beispiele belegten, dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland gefestigt werden müssten. Die Ostseekooperation könne dafür eine ganz bedeutsame Klammer sein. Aus diesem Grund sei zu begrüßen, dass die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin das Thema Energieversorgung und Ostsee auf die Tagesordnung gesetzt habe. Insgesamt müssten die politischen Bemühungen darauf abzielen, ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland zu erreichen. Das in Jahren gewachsene und auf persönlicher Bekanntschaft beruhende Netzwerk in der Ostseeregion sei in seiner Bedeutung nicht hoch genug einzuschätzen.

Der zweite Sitzungsteil der Ostseeparlamentarierkonferenz befasse sich schwerpunktmäßig mit Arbeit und sozialer Wohlfahrt in der Ostseeregion, einem Thema, das auch durch das Engagement von Franz Thönnies auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Begrüßenswert sei, dass auch hierzu der auf Bundesebene zuständige Minister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, sprechen werde. Wichtig sei dies auch im Hinblick auf die Tatsache, dass eine Zusammenarbeit zwischen Ostseeparlamentarierkonferenz und Ostseerat durch die Beteili-

gung von Vertretern der Bundesregierung erleichtert werden könne. Man habe darüber hinaus festgestellt, dass das Parlamentsforum Südliche Ostsee ein parlamentarischer Vorreiter für die integrierte maritime Politik in der Ostseeregion sei.

In einem dritten Sitzungsabschnitt solle die integrierte Meerespolitik der Ostseeregion im Rahmen der BSPC thematisiert werden. Das Parlamentsforum verstehe sich dabei nicht als theoretischer, sondern als aktionsorientierter interregionaler Unterbau auch für die Ostseeparlamentarierkonferenz. Hier könne auch der Schleswig-Holsteinische Landtag eine entscheidende Rolle spielen.

Anlässlich seiner Jahreskonferenz 2006 habe das Parlamentsforum Südliche Ostsee eine umfangreiche Stellungnahme zum Grünbuch für integrierte Meerespolitik der Kommission verabschiedet. Darin seien die gemeinsamen Interessenschwerpunkte für die südliche Ostsee formuliert worden, die darin bestünden, die Wettbewerbsbedingungen zwischen Seeschifffahrt und landgebundenem Güterverkehr zu harmonisieren. Dabei spielten auch Umweltaspekte eine Rolle.

Darüber hinaus gehe es um den bedarfsgerechten Ausbau und die Weiterentwicklung maritimer Leit- und Sicherheitssysteme insbesondere mit Auswirkungen auf die Schiffssicherheit in der Ostsee. Zu den Sicherheitsvorkehrungen gehörten die Einführung von Verkehrstrennungsgebieten, die Einrichtung einer Lotsenpflicht für bestimmte Fahrlinien und die Ausweisung eines Netzes von Nothäfen und Notliegeplätzen. Es werde zudem die Ausbildung von Schiffsfachleuten und Ingenieuren an den Seefahrtsfach- und -hochschulen in der südlichen Ostseeregion angestrebt.

Das Parlamentsforum fordere im Hinblick auf die Schadstoffeinträge von der EU-Kommission eine schnellere und stringentere Umsetzung der europäischen Wasserrechtsrahmenrichtlinie. Die Resolution mache deutlich, dass das parlamentarische Netzwerk als Mittler, als Impulsgeber und als öffentliches Forum verstanden werde. Die Europäische Kommission habe der Subsidiarität Rechnung getragen, in dem sie alle politischen Ebenen aufgerufen habe, sich an einer umfassenden Konsultation zur Meerespolitik zu beteiligen. Die Europäische Kommission sei gut beraten, in einem Europa der Regionen die Kenntnisse und Kompetenzen vor Ort zu beachten und zu fördern. Es sei aber auch eine Anforderung an die verschiedenen Ebenen, sich mit konkreten Forderungen in den Konsultationsprozess einzubringen. Es gebe zudem die Erkenntnis, dass auf der Ebene der Ostseeparlamentarierkonferenz mehr politische Strategien und operative Geschäfte im Vordergrund stehen sollten. Die Ostseeparlamentarierkonferenz brauche das Parlamentsforum Südliche Ostsee als handlungsorientierten Unterbau, um konkrete Schritte mit der Politik und den Menschen vor Ort einzulei-

ten. So könne zum Beispiel die drohende Eutrophierung der Ostsee durch diffuse Einträge aus der Landwirtschaft nur durch konkrete regionale Maßnahmen wirksam bekämpft werden. Auch der zur Verbesserung der Schiffssicherheit steigende Bedarf an Lotsen sei eindeutig eher auf der regionalen Ebene zu lösen. Dieses Thema auf die Tagesordnung der Ostseeparlamentarierkonferenz gesetzt zu haben, hebe die Bedeutung auf eine nationale beziehungsweise internationale Ebene.

Im Hinblick auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zur künftigen Meerespolitik der Europäischen Union hätten die Regionen ihre Einflussmöglichkeiten deutlich gemacht, M Döring habe den Entwurf der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zur künftigen Meerespolitik der Europäischen Union in seiner Funktion als Berichterstatter vor dem Ausschuss der Regionen vorgestellt und diese sei einstimmig angenommen worden. Mit dieser Stellungnahme empfehle der Ausschuss der Regionen der Europäischen Kommission, einen europäischen Aktionsplan für das Meer vorzulegen. Man habe dem Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz empfohlen, darauf hinzuwirken, die genannten Aspekte in den Aktionsplan mit aufzunehmen. Diese Idee werde auch von Herrn Prof. Synak unterstützt, dem Leiter der polnischen AdR-Delegation.

Zum Resolutionsbeitrag des Landtages führt LP Kayenburg aus, der Schleswig-Holsteinische Landtag habe einstimmig den Antrag zur Innovationsoffensive European Clean Ship angenommen. Mit dem darin geplanten Landanschluss für Schiffe könne das Problem der Emissionen in der Nähe von Häfen in Schleswig-Holstein effektiv bekämpft werden. Eine ähnliche Regelung sei auch für ganz Deutschland und Europa denkbar. Der Antrag zur Initiative sei an das Sekretariat der Ostseeparlamentarierkonferenz mit der Bitte weitergeleitet worden, dies als Baustein in die Resolution aufzunehmen.

Bei der BSPC handele es sich um ein Forum, in dem nationale und regionale Parlamente vertreten seien. Aus diesem Grund habe Herr Thönes als Gastgeber vorgeschlagen, dass die norddeutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein eine gemeinsame Konferenz durchführen sollten. Diese Veranstaltung zur maritimen Politik solle in der Schleswig-Holsteinischen Landesvertretung in Berlin stattfinden, zu der auch Berliner Kolleginnen und Kollegen eingeladen würden, um mehr Aufmerksamkeit auf das Thema Ostsee zu lenken. Themen sollten besonders die Ausbildung von Schiffingenieuren, die Fragen von Schnittstellen zwischen Seeverkehr und Hinterlandanbindung sowie Hafenwirtschaft sein. Es sei wichtig, zu diesen Punkten bereits im Vorfeld der Ostseeparlamentarierkonferenz die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag orientiere sich an den Grundsätzen einer integrierten maritimen Politik, eine ökonomische Schwerpunktsetzung allein bewirke keine nachhaltige Entwicklung. Eine breiter angelegte Ausrichtung der Interessen sei nötig, deshalb sei die Zusammenarbeit mit Herrn Thönnnes und Herrn Döring sehr gut und wichtig.

Anknüpfend an die Ausführungen von Herrn Thönnnes und LP Kayenburg schlägt Abg. Ritzek vor, im Rahmen von Energiethemen auch das Thema Klimaschutz anzusprechen. Dabei handle es sich auch um ein sehr europäisches Thema. - Herr Thönnnes führt aus, das Thema sei beim Außenminister im Rahmen der Ostseekooperation und, was die Detailfragen angehe, beim Umweltminister gut aufgehoben. Das Thema werde auch nach der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz sehr intensiv diskutiert werden müssen. Darüber hinaus müssten die Liefer- und Verteilstrukturen von Energie und der nachhaltige Umweltschutz in der Ostseeregion thematisiert werden. Es müsse auch diskutiert werden, welche Auswirkungen der Klimawandel und der Anstieg des Meeresspiegels für die Ostseeregion habe. Er begrüße auch die Initiative European Clean Ship, die verhindere, dass Schiffe in den Häfen starke Schadstoffemissionen hervorriefen.

Abg. Spoorendonk begrüßt, dass neben den Themen Energie und Klimawandel auch die soziale Dimension thematisiert werde. Besonders vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen in Russland müssten auch demokratische Aspekte besprochen werden. So sei die Anhebung der Hürde für den Einzug von Parteien in regionale Parlamente auf 7 % bedenklich. Für das gute nachbarschaftliche Verhältnis zu Russland müssten auch die Themen Demokratie und Soziales hohe Priorität haben.

Zu den Ausführungen von Abg. Spoorendonk merkt Herr Thönnnes an, auf inhaltlicher Ebene müsse auch mit Ländern wie Weißrussland zusammengearbeitet werden, wenn auch nicht mit der dortigen Regierung. Auf Expertenebene gebe es bereits eine Zusammenarbeit, zum Beispiel in der Arbeitsgruppe Eutrophierung. Darüber hinaus müsse dort auch mit den Nichtregierungsorganisationen zusammengearbeitet werden, um demokratische Prozesse zu fördern. Es sei vorstellbar, gemeinsam mit dem Ostseerat eine Arbeitsgruppe zur Förderung von demokratischen Institutionen einzusetzen.

Abg. Fischer ist der Auffassung, dass die Konferenz durch das vorgesehene Programm eine Aufwertung erfahre. Ihn interessiert, inwieweit es eine konkrete Perspektive für die Zusammenarbeit mit der ionisch-adriatischen Kooperation gebe. – Herr Thönnnes führt aus, die Zusammenarbeit beschränke sich momentan auf die gegenseitige Teilnahme an Konferenzen. Diese Zusammenarbeit zu vertiefen müsse auf der Initiative Einzelner basieren. Er begrüße

jedoch die Idee, die in der Ostseeregion gut funktionierende Kooperation auch als Exportartikel zu betrachten und in die Welt zu tragen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung des neuen Leiters des Hanse-Office, Herrn Thorsten Augustin

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

M Döring stellt den seit dem 15. November 2006 im Hanse Office in Brüssel als neuen Leiter tätigen Nachfolger von Herrn Dr. Schulz, Herrn Thorsten Augustin, vor. Dieser leite jetzt zusammen mit dem Hamburger Roland Freudenstein das Hanse Office.

Herr Augustin führt zu seiner Person kurz aus, nach dem Studium der Rechtswissenschaften sei er zunächst im Bundesfinanzministerium, dort in der Haushaltsabteilung, tätig gewesen. 1995 sei er für sechs Jahre in das Generalreferat Europäische Finanzfragen gewechselt. Dort sei er mit sehr vielen finanzrelevanten Themen in Zusammenhang mit Europa in Berührung gekommen. Im Jahr 2001 habe ein Wechsel in die Ständige Vertretung nach Brüssel stattgefunden. Er habe dort unter anderem in der politischen Abteilung gearbeitet. Im Anschluss an diese Tätigkeit habe ihn ein erneuter Wechsel in das Bundeskanzleramt geführt, wo er das Referat für Europäische Kultur und Europapolitik geleitet habe. In dieser Tätigkeit sei es um die Vorbereitung der Europastaatssekretäre und die Vorbereitung des Kanzlers oder der Kanzlerin auf die Sitzungen des Europäischen Rates sowie um Bund-Länder-Beziehungen gegangen.

Nun freue er sich auf die Tätigkeit im Hanse Office. Das Hanse Office sei die Frühwarnereinheit in Brüssel und verstehe sich als Dienstleiter für das Land Schleswig-Holstein. Man wolle weiterhin die Rolle sehr effizient im Sinne des Landes wahrnehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Subsidiaritätsanalyse und Verhältnismäßigkeitskontrolle

a) Der Ausschuss der Regionen als Hüter der Subsidiarität

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa
Thorsten Augustin, Leiter des Hanse-Office

M Döring führt aus, es habe bekanntermaßen zwei Testläufe gegeben. Beim zweiten Testlauf, der erst vor Kurzem zum Thema „Lebenslanges Lernen“ stattgefunden habe, seien es vor allem zwei Probleme aufgetreten. Zum einen habe zu den zu dem Thema gehörenden Dokumenten nur eine Stellungnahme der Fachressorts vorgelegen. Die Schwierigkeit bestehe darin, dass das Land vor Abschluss des Bundesratsverfahrens keine abgestimmte Position an den Landtag weiterleiten könne, weil für diese abgestimmte Position Kabinettsbeschlüsse erforderlich seien. Es sei lediglich möglich, dass die Fachressorts ihre jeweilige Fachposition darstellten. Zum anderen sei nicht klar, ob als Stellungnahme des Landtages schon eine Stellungnahme eines Fachausschusses ausreiche. Aus diesen Gründen sei eine kurzfristige Reaktion auf Vorlagen von der europäischen Ebene schwierig.

Eine weitere Schwierigkeit bestehe darin, dass der Landtag sich mit einer sehr großen Anzahl an Vorlagen konfrontiert sehe, wenn er sich intensiv und frühzeitig in das Gesetzgebungsverfahren einbringen wolle. Dies könne auch die Landesregierung nicht auffangen.

Zum Verfahren merkt er zudem an, dass er selbst nur in denjenigen Fachausschüssen des AdR Anträge einbringen und Stellungnahmen abgeben könne, denen er auch angehöre. Möglich sei, im Plenum einen Antrag zu stellen, hierbei gebe es aber andere Schwierigkeiten. Er weist außerdem darauf hin, dass das AdR-Mandat ihm vom Europäischen Rat erteilt worden und grundsätzlich frei sei. Er sei an Beschlüsse des Landtags deshalb nicht gebunden, erwarte aber auch keine Probleme in dieser Hinsicht, weil es bisher immer eine große Übereinstimmung der Positionen gegeben habe.

b) Auswertung der beiden Testläufe zur Subsidiaritätsanalyse

Berichterstatter: Martin Kayenburg, Landtagspräsident

LP Kayenburg führt aus, der Problemaufriss sei durch M Döring gut gelungen. Zur Auswertung der beiden Testläufe zur Subsidiaritätsanalyse trägt er Umdruck 16/1880 vor.

Abg. Fischer weist auf das generelle Problem hin, dass der Bund stärker als die Länder sei und die Regierungen stärker als die Parlamente. Die Parlamentsausschüsse hätten aus diesem Grund die schwierigste Position. Der Landtag könne insgesamt aber nur dann frühzeitig tätig werden, wenn er auch frühzeitig informiert werde. Die prälegislative Information sei also von entscheidender Bedeutung. Wichtig sei insgesamt, dass der Europaausschuss seine Querschnittsfunktion wahrnehme und an allen relevanten Verfahren beteiligt werde.

Abg. Spoorendonk betont, es sei wichtig, die Bereiche zu identifizieren, die für den Landtag maßgeblich seien. Eine Kooperation und Arbeitsteilung mit anderen Landtagen sei durchaus denkbar.

Abg. Ritzek merkt kritisch an, dass – besonders wenn man alte Protokolle zu Rate ziehe – sich zeige, dass bisher wenig Fortschritte erzielt worden seien. - Herr Augustin bestätigt die Aussage von Herrn Ritzek. Es gebe bei allen Beteiligten noch Vorbehalte und nicht genügend Kooperation, diese Situation werde auch noch einige Jahre bestehen bleiben.

M Döring führt aus, er könne die Anmerkungen von LP Kayenburg inhaltlich voll unterstützen, auch in Bezug auf die kritische Auffassung zum Verhältnis zwischen Parlament und Regierung. Darüber hinaus sehe er sich mit einer ähnlichen Schwierigkeit wie der Europaausschuss konfrontiert, weil es eine Fülle von Themen gebe, die auf europäischer Ebene zu bearbeiten seien. Wichtig sei, eine Vorauswahl zu treffen. Darüber hinaus sei von Bedeutung, die Federführung für einzelne Themen klar zu bestimmen. Insgesamt sei aber die Masse der Themen sehr groß, so dass das Ministerium dies nicht alleine bewerkstelligen könne, besonders wenn man die Verordnungen mit einbeziehe.

Abg. Dr. Klug weist auf die praktischen Probleme der Subsidiaritätskontrolle angesichts der Fülle von Themen hin und begrüßt die Idee eines arbeitsteiligen Vorgehens zwischen den Landesparlamenten. Es gehe darum, Ressourcen zu bündeln und dafür zu sorgen, dass sich bestimmte Parlamente auf bestimmte Themenfelder konzentrierten. - LP Kayenburg führt aus, es habe Überlegungen der Landesparlamente in diese Richtung gegeben, man wolle aber zu-

nächst die Subsidiaritätstestphase abwarten. Dies entbinde aber nicht von der Notwendigkeit, die Prozesse aufmerksam zu verfolgen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorbesprechung des Besuchs des Präsidenten der Region Pays de la Loire

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

hierzu: Umdruck 16/1693

M Döring berichtet, die Partnerschaft zur Region Pays de la Loire sei in den vergangenen Jahren sehr zurückhaltend wahrgenommen worden, was vor dem Hintergrund verständlich sei, dass der Fokus der Zusammenarbeit auf den neuen EU-Beitrittsländern gelegen habe. Der Kontakt zur Region Pays de la Loire sei aber aus wirtschaftlichen Gründen mindestens ebenso wichtig. Deshalb dürfe man diesen Partner nicht aus den Augen verlieren. Auch von französischer Seite aus habe die Partnerschaft lange keine hohe Priorität gehabt, im Nicht-Regierungsbereich habe sie aber gut funktioniert, zum Beispiel bei der Lehrlingsausbildung oder im Bereich des Schüleraustausches. Mit Präsident Auxiette sei ein verstärktes Interesse an der Intensivierung der Kontakte zu Schleswig-Holstein zu beobachten. Ein ursprünglich für März geplanter Besuch sei aus organisatorischen Gründen in den Herbst verschoben worden. Dabei solle besonders über Möglichkeiten der intensivierten Zusammenarbeit im Bildungsbereich gesprochen werden, zum Beispiel über Schüleraustausche oder Schülerwettbewerbe. Im Bereich der Umwelt wolle man außerdem die Zusammenarbeit bei den Naturparks intensivieren sowie eine Ausweitung des Freiwilligen Ökologischen Jahres erreichen und Erfahrungen zum Umweltmanagementsystem austauschen. Im Hinblick auf den Bereich Wirtschaft werde momentan die Teilnahme der Region Pays de la Loire am EU-Programm Nordsee geprüft. Dabei solle auch ein Erfahrungsaustausch zum Ziel 2-Gebiet und zu INTERREG 4 c erfolgen. Im Bereich der Kultur arbeite das Centre Culturel Français eng mit Schleswig-Holstein zusammen, es gebe einen Austausch von Kunstwerken und Ähnlichem.

Wichtig sei, dass der Präsident der Region Pays de la Loire zugesagt habe, mit einer großen Delegation zu kommen und die Kosten größtenteils selbst zu übernehmen. Bei dem Besuch gehe es dem Präsidenten der Region vor allem darum, politische Kontakte zu knüpfen und mit Vertretern der entsprechenden Fachbereiche ins Gespräch zu kommen. Das Parlament solle bei diesen Kontakten mit eingebunden werden. Von schleswig-holsteinischer Seite habe man insgesamt hohes Interesse an dem Kontakt zu Frankreich und an wirtschaftlichem und kulturellem Austausch.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Landanschluss für Schiffe - externe Stromversorgung in Häfen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1086

(überwiesen am 30. November 2006 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Euro-
paausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Europaausschuss beschließt, der vom Wirtschaftsausschuss vorgeschlagenen Beschluss-
empfehlung zu folgen und dem Landtag diese wie folgt zu unterbreiten:

Der Landtag begrüßt die Initiative im Lübecker Hafen zur Bereitstellung einer ex-
ternen Stromversorgung für Schiffe. Er bittet die Landesregierung, das Pilotpro-
jekt der Lübecker Hafengesellschaft und der Lübecker Stadtwerke sowie gegeb-
enfalls weitere Pilotprojekte zu unterstützen und begrüßt die Initiative der Lan-
desregierung hinsichtlich einer entsprechenden Steuerbefreiung für die externe
Stromversorgung.

Die Landesregierung wird gebeten die Verwendung von Landstromanschlüssen
für Schiffe in das neue Grünbuch der EU für Küsten und Meeresschutz einzubrin-
gen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Zur Fragebogenaktion im Rahmen der Bürgeranhörung bittet die Vorsitzende die Ausschussmitglieder, Fragebögen in ihrem jeweiligen Umfeld zu verteilen.

Zur Nordseekooperation schlägt sie vor, eine mündliche Anhörung im August 2007 durchzuführen. Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu. Die Fraktionen werden gebeten, bis zur kommenden Sitzung Anzuhörende zu benennen.

Im Hinblick auf das Parlamentsforum Südliche Ostsee führt sie aus, es werde Ende März die Möglichkeit geben, eine mögliche Resolution vorzubesprechen.

Aus Stettin sei zudem der Vorschlag gekommen, mit den dortigen Kollegen durch einen Besuch den Kontakt zu intensivieren. - Der Ausschuss fasst dies für das Ende des Jahres ins Auge.

Herr Dr. Gehrman weist auf das Kaliningrad-Symposium vom 25. und 26. April 2007 hin.

M Döring informiert über eine Konferenz in Brüssel im März 2007, die sich sehr intensiv mit den Themen maritime Wirtschaft und maritime Politik beschäftigt habe. Schleswig-Holstein habe sich in diesem Themenbereich sehr gut dargestellt. Es sei immer noch nicht gelungen, Mitglied in der Konferenz für die Peripheren Küstenregionen Europas (KPKR) zu werden. Dabei stellte sich Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor quer.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin